

Informationsdienst des CGB

INTERN

Ausgabe November 2009

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Bundesregierung hat ihre Arbeit aufgenommen. Den Koalitionsvertrag hat sie unter die Überschrift Wachstum. Bildung. Zusammenhalt. gestellt. Für den Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands sind die Kapitel „Arbeitschancen für Alle“ und „Sozialer Fortschritt durch Zusammenhalt und Solidarität“ von besonders großer Bedeutung. In der Bewertung der dort festgehaltenen Vorhaben sieht der CGB Licht und Schatten.

Der CGB begrüßt es, dass die Tarifautonomie nicht weiter ausgehöhlt werden soll. Die Vereinbarungen zu gesetzlichen Mindestlöhnen lassen aber aus unserer Sicht noch einige Fragen offen. So ist beispielsweise nicht festgeschrieben worden, dass geltende Tarifverträge nicht durch Rechtsverordnungen verdrängt werden dürfen. Außerdem hätte sich der CGB eine konkrete Zusage zum Mindestlohnantrag im Wach- und Sicherheitsgewerbe gewünscht.

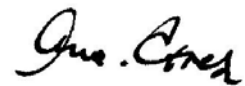
Bei der Schaffung neuer Anreizsysteme für Mini- und Midi-Jobs wird es auf die Details ankommen, um eine Bewertung abgeben zu können. Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse sind zwar notwendig, aber wir befürworten diese Beschäftigungsformen nicht pauschal.

Der CGB begrüßt es, dass die Bundesregierung das bestehende Kündigungsschutzrecht nicht verändern will und im Prinzip auch an der bestehenden Mitbestimmung festhält. Leider hat den Koalitionären der Mut gefehlt, eine stärkere Demokratisierung durch eine generelle Urwahl von Konzernbetriebsräten und Aufsichtsräten in der betrieblichen Mitbestimmung einzuführen.

Positiv sind die Erhöhungen der Schonvermögen für Arbeitslosengeld II-Empfänger zu werten. Es ist ein richtiges politisches Zeichen, dass Menschen, die durch ihre Arbeit über Jahre hinweg Vorsorge für das Alter getroffen haben, dafür nicht bestraft werden. Es ist auch richtig, dass in diese Schonvermögen zukünftig privat genutzte Eigenheime mit einbezogen werden.

Auch in der Steuerpolitik zeigt der Koalitionsvertrag in die richtige Richtung. Aus Sicht des CGB ist es unverzichtbar, dass eine Einkommensteuerreform durchgeführt wird. Für uns ist es ganz wichtig, dass dabei der Abbau der sogenannten kalten Progression erfolgt. Die bestehende Struktur unserer Einkommensteuertarife ist nicht sozial ausgewogen, denn sie benachteiligt die Mehrzahl der Arbeitnehmer. Eine Lohnpolitik, die sich an Leistungsgerechtigkeit orientiert, sollte von einem Einkommensteuersystem gefördert und nicht behindert werden, wie es derzeit der Fall ist. Dieses Vorhaben wird wohl eines der schwierigsten, aber auch eines der wichtigsten Vorhaben der Bundesregierung. Der CGB hofft, dass die Bundesregierung an diesem Vorhaben nicht scheitert.

Ihr Matthäus Strebl

A handwritten signature in black ink that reads 'Matthäus Strebl'.

Matthäus Strebl
Bundesvorsitzender

Gewerkschaftsnachrichten

Seit 60 Jahren in Essen zu Hause

Bundesgeschäftsstelle des Vereins katholischer deutscher Lehrerinnen setzt sich seit seiner Verbandsgründung für die Interessen der lehrenden Frauen ein

Vor 60 Jahren bezog der Verein katholischer deutscher Lehrerinnen e.V. (VkdL) nach Kriegsende am Hedwig-Dransfeld-Platz 2 in Essen den Sitz seiner Verbandszentrale.

Nachdem der VkdL am 25. September 1937 seine verbandliche Arbeit einstellen musste – die Gestapo hatte die Geschäftsstelle des VkdL in Berlin-Steglitz beschlagnahmt, der Reichsinnenminister den katholischen Verein verboten und aufgelöst – begann im Jahre 1945 der Neuaufbau. Da die Verbindung zu den Vereinsmitgliedern trotz der Schikanen und Rückschläge nie abgerissen war, konnte der VkdL auf eine gute Grundlage setzen. Zunächst waren nur kleine Aufbauschritte mit Provisorien in Privatwohnungen in Recklinghausen (1946) und Werl (1949) möglich. Für eine ordnungsgemäße Verbandsarbeit war dies jedoch keine Dauerlösung.

Es fügte sich gut, dass **Albertine Badenberg** als unermüdliche Organisatorin der VkdL-Geschäftsstelle die Verbindung zum Frauenbund nutzte und die Anmietung von Büro- und Wohnräumen im Frauenbundhaus am Hedwig-Dransfeld-Platz 2 in Essen möglich machte. Am 14. Oktober 1949 zog die Bundesgeschäftsstelle des VkdL nach Essen. Das Engagement der VkdL-Vorstandsfrauen **Hedwig Dransfeld** und **Maria Schmitz** hatte 1903 zur Gründung des Frauenbundes geführt: Während der VkdL vor allem die beruflichen Interessen der Lehrerinnen vertrat, sollte der Frauenbund ein „Zusammenschluss katholischer Frauen aller Schichten“ sein.



Durch die Unterstützung von **Dr. Helene Weber** wurde die Verbindung der zwei Frauenverbände die Grundlage für eine 20-jährige Wohngemeinschaft. Als der VkdL und seine Aufgaben weiter wuchsen, reichten die Räume im Frauenbundhaus nicht mehr aus. Im Februar 1969 zog der VkdL in sein eigenes Haus am Hedwig-Dransfeld-Platz 4, wo sich bis heute die Zentrale des Verbandes befindet.

1885 wurde der VkdL in Koblenz als Berufsverband für katholische Lehrerinnen gegründet und setzt sich seitdem für eine Erziehung ein, die sich am christlichen Menschenbild orientiert. Im Zentrum seines Engagements steht immer der Mensch – egal ob es um schul- oder gesellschaftspolitische Stellungnahmen geht.

Pressemitteilung vom 14.10.2009, Elisabeth Peerenboom M.A.

* * * *

„Raubtierkapitalismus“

Christliche Gewerkschaft Metall begeht ihr 110-jähriges Gründungsjubiläum in Köln

Die Christliche Gewerkschaft Metall hatte zur Feier ihrer 110-jährigen Gründung nach Köln geladen. Neben der historischen Würdigung der Gewerkschaftsgründung beschäftigten sich gut dreihundert Teilnehmer mit den Folgen der Weltwirtschaftskrise. Unter dem Titel „Raubtierkapitalismus“ wurde mit dem Wirtschaftsjournalisten Dieter Balkhausen ein profunder Kenner der Hintergründe gewonnen, die zu den Bankencrashes im Jahre 2008 führten. Der heutige parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Dr. Ralf Brauksiepe, MdB und der SPD-Landtagsabgeordneten Rainer Schmeltzer richteten Grußworte an die Teilnehmer.

In seiner Einleitung wies der Bundesvorsitzende der Christlichen Gewerkschaft Metall, Detlef Lutz, darauf hin, dass schon die Gründung der Christlichen Metallarbeitervereinigung, Duisburg im Jahre 1899 mit Schmähkritik von den Mehrheitsgewerkschaften kommentiert wurde, die ähnlich beleidigend war, wie sie heute von manchem aus der linken Szene geäußert wird. „Das zeigt uns, dass noch viel zu tun ist, um diese unsere Gewerkschaft, unsere Organisation in der Gesellschaft zu etablieren,“ so Lutz.

Der langjährige Generalsekretär des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands, Dr. Bernhard Koch, unterstrich in seinem geschichtlichen Abriss über die christliche Gewerkschaftsbewegung des 20. Jahrhunderts, dass es nie eine Zeit gegeben hat, in der es christliche Gewerkschaften in Deutschland leicht gehabt hätten. Immer mussten sie sich neben den Forderungen der Arbeitgeber auch mit der Konkurrenz der sozialistisch

dominierten Gewerkschaften stellen. Das christlich-soziale Menschenbild sollte in deren Ideologie dem sozialistischen Menschenbild weichen, berichtete Koch.



Dieter Balkhausen , Wirtschaftsjournalist

Foto: Uwe Larsen

Der Buchautor und langjährige Wirtschaftsjournalist beim ZDF, Dieter Balkhausen, stellte in seinem Vortrag heraus, dass die nahezu vollständige Angloamerikanisierung der Finanzmärkte in einer globalen Systemkrise münden kann. In Schlagworten, wie „Käse gratis gibt es nur in der Mausefalle“ zu den Renditeversprechen von Hedgefonds und Private Equity, die nicht eingehalten werden können, stellte er dar, dass auch die Anleger eine Verantwortung tragen. Denn diese haben die oben angesprochenen Anlageformen mit ihrem Anlageverhalten gestützt.

Der stellv. Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Dr. Heinrich Kolb, stellte in der Podiumsdiskussion heraus, dass die neue Bundesregierung keine Änderungen in der betrieblichen Mitbestimmung oder beim Kündigungsschutzrecht anstrebe. Zwar sei die Lockerung des Kündigungsschutzes eine urliberale politische Forderung, aber es gebe aktuell Wichtigeres in der Arbeitsmarktpolitik, als sich beim Kündigungsschutz festzubeißen. Adalbert Ewen, stellv. Bundesvorsitzender der Christlichen Gewerkschaft Metall antwortete darauf mit der Feststellung, dass offensichtlich die Befürworter einer ultraliberalen Marktgläubigkeit verstummt seien und darin eine Chance liegt, dass die Soziale Marktwirtschaft gestärkt überlebt.

* * * *

Gewerkschaftstag der CGBCE in Kirkel

Unter dem Motto „Für Arbeit und soziale Sicherheit“ veranstaltete die CGBCE ihren 15. ordentlichen Gewerkschaftstag im Bildungszentrum der Arbeitskammer des Saarlandes in Kirkel.

Der Bundesvorsitzende, Werner Benedix, begrüßte als Festredner den CGB-Bundesvorsitzenden Matthäus Strebl. In seinem Rechenschaftsbericht verwies er drauf, dass 2004 eine hohe Arbeitslosigkeit vorhanden war und diese aktuell im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise zunehme. Dazwischen lag eine Zeit mit einer sich zunehmend erholenden und prosperierenden Wirtschaft, aber auch harten sozialen Einschnitten (Rente mit 67, Hartz-Gesetzgebung) sowie einer wachsenden Anzahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Für die CGBCE sehr schmerzlich verlief die Entwicklung im Steinkohlebergbau, der politisch noch als „Auslaufbergbau“ bis 2018 verstanden wird und im Saarland bis Ende 2012 beendet wird.

Tarifpolitisch bedeutungsvoll war die Absicherung des Flächentarifvertrages, der Einstieg in nachhaltige Konzepte zur Bewältigung des Demografieproblems und einer Lebensarbeitszeitgestaltung einschließlich des Aufbaus einer zusätzlichen tariflichen Altvorsorge in der chemischen Industrie.

Es besteht großer Bedarf für Regelungen, welche die Nahtstelle zwischen Familie und Beruf stärker miteinander verzahnen. Die CGBCE will sich diesen Aufgaben stellen und sich personell, organisatorisch sowie mit attraktiven Dienstleistungsangeboten neu aufstellen. Es gilt auch, einem stärkeren Mitgliederverlust zu begegnen. Die Gewerkschaft verfügt nach wie vor über eine bedeutende Anzahl von Mandatsträgern in der Selbstverwaltung der Sozialversicherung und stellt auch etliche Sozial- und Arbeitsrichter bis zu einem Richter beim Bundesarbeitsgericht.



neu gewählter Bundesvorstand

Die Delegierten diskutierten die Themen Energie- und Technologiepolitik, Tarif- und Sozialpolitik, Renten- und Steuerpolitik sowie dem betrieblichen Gesundheitsschutz. Sie warnten die

neue Bundesregierung, die vorhandenen Probleme nur zu verwalten. Politik muss gerade in Krisenzeiten gestalten. Energiesicherheit mit deutscher Steinkohle, ein gerechtes Steuersystem und eine differenziertere Möglichkeit ohne hohe Abschläge in den Ruhestand gehen zu können, bleiben unverzichtbare Forderungen.

Die CGBCE wird durch den bisherigen Vorsitzenden Werner Benedix geführt. Ihn unterstützen als Stellvertreter Thomas Deibel und Hartmut Rohwer. Zu Beisitzern gewählt wurden: Klaus Bauer, Klaus Deßloch, Ute Jung, Josef Kirsch, Martin Müller und Lothar Ritthaler.

In seinem Schlusswort bezeichnete Werner Benedix ein erfolgreiches Abschneiden bei der Betriebsratswahl 2010 als wichtiges Ziel. Neben beachtlichen Aufsichtsratswahlergebnissen (zuletzt im Unternehmensbereich der Bayer AG) machten gewonnene Betriebsratsmandate in neu dazu gewonnene Betriebe Mut.

Adalbert Ewen

* * * *

CGB-Landesverband Baden-Württemberg

Gönner als CGB Vorsitzender bestätigt!

Die Landesdelegierten des Christlichen Gewerkschaftsbundes Baden-Württemberg wählten im Oktober einstimmig den neuen Landesvorstand für weitere fünf Jahre. Dabei wurde auch Hans Gönner einstimmig als Vorsitzender bestätigt, nachdem er das Amt seit Juli 2008 kommissarisch übernommen hatte. Neu im Gremium sind Elisabeth Braun aus Karlsruhe, Wolfgang Feil aus Mosbach und Klara Bieber aus Schorndorf. Reinhardt Schiller aus Sulzbach/Murr und Manfred Raible aus Stuttgart wurden als stellvertretende Vorsitzende wieder gewählt, ebenso wie die Beisitzer Bernhard Fuchs aus Friedrichshafen und Manfred Regele aus Abtsgmünd.

Mit Gönner hat der CGB einen Mann an der Spitze, der neben beruflicher Erfahrung als Bankkaufmann auch als Personalratsvorsitzender, ehrenamtlicher Richter sowie Mitglied der Krankenkassen-Selbstverwaltung beste Voraussetzungen einbringt. Die 2011 anstehenden Sozialwahlen, die Betriebsratswahlen im Frühjahr 2010 und die Öffentlichkeitsarbeit sind Aufgaben, mit denen sich die neue Führungsmannschaft u.a. beschäftigen wird.

Reinhardt Schiller

* * * *

„Paket der Vernunft“

CGPT übermittelt Kernforderungen an die Politik

Die CGPT hat den führenden Köpfen der neuen Bundesregierung ihre aktuellen berufspolitischen Positionen und Forderungen mitgeteilt. In einem umfangreichen und thematisch breit gefächerten Themenpaket sieht die CGPT die Politik aufgrund der Krisensituation der Wirtschaft in Deutschland in der Pflicht, auch den sozialen Frieden als wichtiges Grundelement im politischen Handeln zu beachten. Die Grundwerte des christlich-sozialen Menschenbildes Solidarität, Personalität und Subsidiarität müssen in Wirtschaft und Arbeitswelt wiederbelebt werden.

In einem "Paket der Vernunft" beschreibt Ulrich Bösl (CGPT-Bundesvorsitzender) die Herausforderungen für den Postmarkt. Hier gelte es durch die Neugestaltung der PUDLV die postalische Infrastrukturleistung für die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland zu definieren. Dazu kommt eine vernünftige Klärung der Umsatzsteuerregelung für Postdienstleistungen. Auch die Frage nach einem soliden, branchenbezogenen, tariflichen Mindestlohn ist zu beantworten. Zu allen drei Elementen hat die CGPT Argumente und konkrete Forderungen erstellt und den politischen Entscheidungsträgern übermittelt.

Im Telekommunikationsmarkt sieht die CGPT die Politik in der Pflicht, über weitere Ausgestaltung des Breitbandangebotes auch eine verlässliche Zukunftsperspektive für die Deutsche Telekom und die dort beschäftigten Kolleginnen und Kollegen zu ermöglichen. Die Einwirkung der Regulierung darf nicht zum Schaden an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung dort führen.

Weiterhin hat die CGPT ihre Positionen und Forderungen zur Verbesserung der Mitbestimmung in Deutschland kommuniziert, die auch auf dem vergangenen Gewerkschaftstag in Fulda als zentrales Thema beraten wurden.

Die von CDU/CSU und FDP geführte Bundesregierung muss beweisen, ob sie – allen Unkenrufen zum Trotz - für eine echte, soziale Marktwirtschaft handelt, für die sich christlich-soziale Gewerkschaften wie die CGPT aktiv einsetzen. CGPT- Pressemitteilung vom 12. Oktober 2009

Impressum

**Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands,
Obentrautstraße 57 * 10963 Berlin**
Telefon: 030/21 02 17-30
Fax: 030/21 02 17-40
E-Mail: cgb.bund@cgb.info
Internet: www.cgb.info
ViSdP: Gunter Smits
Redaktion: Gunter Smits, Anne Kiesow, Anja Kracht;
Dies ist ein unentgeltlicher Informationsdienst des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands.